

Forum Unbezahlte Überzeit von Lehrkräften

Lehrer leisten zu viel unbezahlte Überzeit

Die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer haben weiter zugenommen, die zeitliche Arbeitsbelastung bei Teilzeitarbeit ist überproportional hoch.

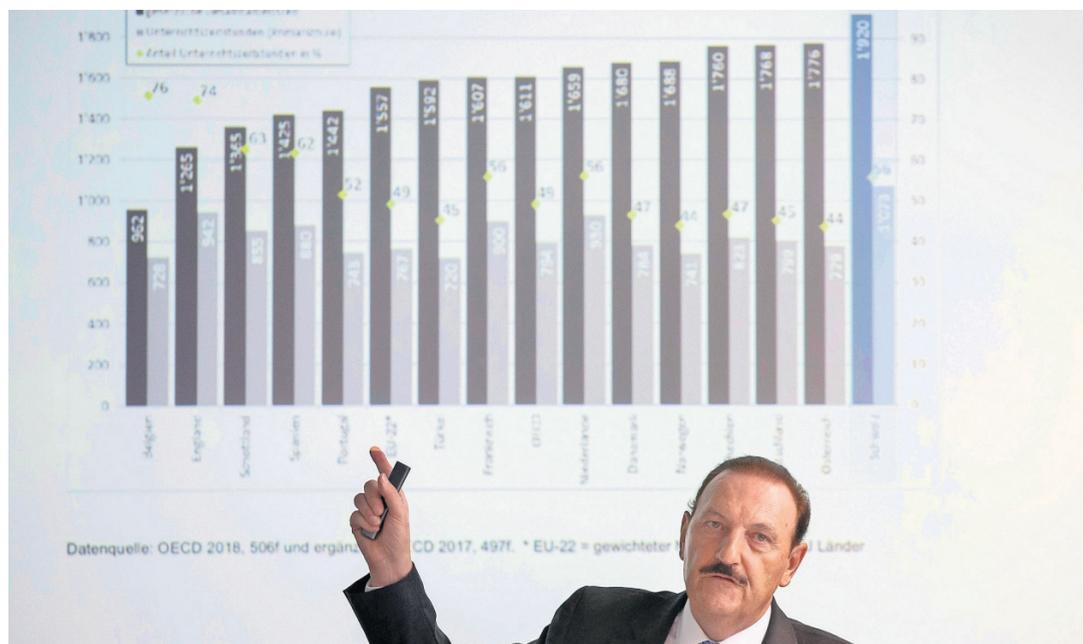
Von Franziska Peterhans*

Nach 1999 und 2009 hat der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) die Jahresarbeitszeit von Lehrpersonen erneut wissenschaftlich erheben lassen. Es ist damit die dritte Arbeitszeiterhebung (AZE) innert 20 Jahren. Neu ist, dass sie erstmals zusätzlich in der Romandie durchgeführt wurde. In der Deutschschweiz haben sich rund 10 000 Lehrerinnen und Lehrer sowie 800 Schulische Heilpädagoginnen an der Erhebung beteiligt. Damit liefert die Studie äusserst repräsentative Resultate.

Wie die Ergebnisse der Arbeitszeiterhebung 2019 (AZE19) zeigen, wird die Referenzarbeitszeit von 1916 Stunden wiederum deutlich überschritten: Die Jahresarbeitszeit für ein Vollzeitäquivalent liegt je nach Schulstufe zwischen 2080 und 2222 Stunden. Anders ausgedrückt: Lehrpersonen leisten je nach Stufe regelmässig zwischen 8,6 Prozent und 16 Prozent Überzeit ohne Kompensationsmöglichkeit. In der Schweiz haben Lehrpersonen übrigens die höchsten Soll-Arbeitszeiten aller OECD-Länder und leisten unbezahlte Überstunden im Wert von Hunderten von Millionen Franken. Zwar lag 2009 die Jahresarbeitszeit für ein Vollzeitäquivalent stufenübergreifend (Primar bis Sek II) bei 2331 Stunden, 167 Stunden mehr als heute. Die verfügbaren Ressourcen und die Anforderungen im Lehrberuf stehen aber nach wie vor in keinem ausgewogenen Verhältnis.

Wenn der Berufsauftrag innerhalb der Referenzarbeitszeit erfüllbar sein soll, müssen Lehrpersonen in den unterrichtsbezogenen Tätigkeiten entlastet werden. Das heisst, dass die Zeitpauschalen, die in den kantonalen Berufsaufträgen dafür implizit und explizit vorgesehen sind, erhöht werden müssen. Des Weiteren sind sich der LCH und das Syndicat des Enseignants Romands (SER) einig, dass es keine unbezahlte Überzeit geben darf, dass die Pflichtlektionenzahl dringend gesenkt werden muss, mehr Ressourcen für die Klassenleitung und Elternarbeit bereitgestellt werden müssen.

Gegenüber 2009 ist die Jahresarbeitszeit bei den Vollzeitlehrpersonen 2019 zwar auf



allen Stufen gesunken. Sie bleibt in der deutschen Schweiz aber dennoch zu hoch. Je nach Stufe betragen die aktuellen Arbeitszeiten zwischen 1923 und 1980 Stunden für ein Vollzeitpensum und liegen damit noch immer deutlich über der Referenzarbeitszeit von 1916 Stunden.

Aus der AZE19 lässt sich schliessen, dass Lehrkräfte ihr Arbeitspensum reduzieren, um letztlich eine Überbelastung zu vermeiden. Das hat einen hohen Preis: Je tiefer das Arbeitspensum ist, desto mehr Überstunden fallen proportional an. Bei einem Vollzeitpensum wird die Soll-Arbeitszeit um 2 bzw. 3 Prozent überschritten (PS-Sek I), während die Jahresarbeitszeit bei einem Pensum von weniger als 50 Stellenprozenten 125 Prozent der Soll-Arbeitszeit erreicht. Die überproportional hohen Überstunden bei einem Teilzeitpensum sind mehrheitlich auf die unterrichtsbezogenen Tätigkeiten zurückzuführen.

«Schweizer Lehrkräfte leisten unbezahlte Überstunden im Wert von Hunderten von Millionen Franken.»

Zudem sind die Anforderungen im Unterricht gegenüber 2009 gestiegen. Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulische Heilpädagoginnen sind sich gemäss den Resultaten der AZE19 einig: Für die integrative Schulung und Förderung und teils auch für die Einführung des Lehrplans 21 stehen nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung. Dieser Mangel an Ressourcen zeigt sich im Kanton Schaffhausen besonders deutlich: 88 Prozent erachten die Ressourcen für die integrative Schulung als ungenügend, 71 Prozent diejenigen für den Lehrplan 21. Dieser Wert liegt deutlich über dem schweizerischen Mittelwert. Eine Verbesserung der Situation ist zwingend notwendig. Ein fehlendes Konzept für die integrative Schulung wie auch das Fehlen von Schulleitungen könnten sich hier zusätzlich zu den fehlenden Ressourcen negativ auswirken.

* Franziska Peterhans ist Zentralsekretärin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH

Kommentar

BBZ: Die Karten gehören auf den Tisch

Es ist ein eigenartiger Tanz, den die Verantwortlichen in der Affäre um das Berufsbildungszentrum (BBZ) derzeit veranstalten. Drei Personen stehen dabei im Fokus: BBZ-Rektor Ernst Schläpfer, der für die Bildung zuständige Regierungsrat Christian Amsler und Erwin Gfeller, der Leiter der Aufschulungskommission Höhere Fachschule BBZ. Am BBZ, immerhin eine der wichtigsten Schulen im Kanton, soll es Unstimmigkeiten geben.



Zeno Geisseler
Redaktor Kanton

zeno.geisseler@shn.ch

«Was hat Amsler eigentlich gegen Gfeller? Und was gegen Schläpfer?»

Arbeitsklima und Führungsstil werden bemängelt. Rektor Ernst Schläpfer steht in der Kritik. Regierungsrat Amsler setzt eine Untersuchungskommission ein und beruft Gfeller an deren Spitze. So weit, so gut. Doch ab jetzt wird es undurchsichtig. Gfeller und seine Kommission erstatten der Regierung Bericht, wobei die Öffentlichkeit diesen Bericht nicht lesen darf. Zu sehen bekommen die Bürger aber die geharnischte Reaktion der Regierung: Der Bericht sei nicht aussagekräftig, die Kommission habe ihren Job nicht gemacht und sei nicht neutral. Die Kommission kontert, sie werde desavouiert und in ihrer Ehre verletzt. Harte Vorwürfe auf beiden Seiten also.

Als Aussenstehender fragt man sich, warum die Fronten so verhärtet sind, und warum die Regierung nur so halbherzig informiert. Warum hat sie nicht einfach eine Nachbesserung des Berichts verlangt? Welche Probleme hat Amsler mit Gfeller? Und mit Schläpfer? Es wird Zeit, dass die Regierung sich erklärt. Dazu gehört als Erstes, dass sie die Gfeller-Bericht veröffentlicht. Nicht irgendwann. Sondern so schnell wie möglich.

Leserbriefe

Bevölkerungswachstum und steigende Ansprüche

Zu «Es gibt einen Beweis der Unkenntnis», SN vom 10.5.

Offensichtlich ist die frühere Zuschrift eines Lesers einem eingeschworenen «Klimawissenschaftler» in den falschen Hals geraten. Jedenfalls wissen jetzt viele SN-Leser, dass mittels Infrarotspektroskopie die Absorption von CO₂ demonstriert werden kann. Somit lassen sich die Mechanismen der Erderwärmung «begreifen». Gleichzeitig erfahren wir, dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre seit der vorindustriellen Zeit (etwa um 1800) von 280 ppm auf zurzeit über 410 ppm angestiegen ist. Wie, wann und wo wurde damals gemessen? Genügt dieser Beweis? Könnte vielleicht die Ursache eines CO₂-Anstiegs eher darin liegen, dass die Weltbevölkerung – mit ihren stets steigenden Ansprüchen ans Leben – im gleichen Zeitraum von circa 1 Milliarde auf etwa 7,4 Milliarden gewachsen ist? Dank Primarschulwissen wäre damit der natürliche CO₂-Anstieg zumindest ein «klein wenig» gewachsen! Solange weltweit weiterhin Tropen- und andere Urwälder abgeholzt werden, die Zahl der Menschheit weiterhin steigt und mithin Lebensraum der freien Natur verkleinert wird, nützt der CO₂-Hype niemandem.

Wer will der immensen Zahl von Menschen einen sorgfältigeren Umgang mit unserer Erde beibringen?

Max Zimmermann
Schaffhausen

Handel ist Wandel – etwas Freudvolles für unsere Stadt geschaffen

Zu «Abkassiert und enteignet», SN vom 10.5.

Warum treten Sie, Herr Wenger, jungen Menschen gegen das Schienbein? Doch hoffentlich nicht, weil diese mit grossem Engagement und ihrer Hände Arbeit statt mit Kapitalertrag aus teuren Liegenschaften und Zinsen etwas Freudvolles für unsere kleine Stadt geschaffen haben? Diese Initiativen jungen und mutigen Menschen zeigen Leistungsbereitschaft! Grenzend an Selbstausschöpfung! Und dann wird diese per Kolumne, aber ohne Fachwissen, von Ihnen verunglimpft! Wenn junge Menschen für unsere Stadt initiativ werden und anderen jungen Menschen sogar Arbeitsplätze bieten können, sollte das einem «alt FDPLer» doch ein grosses Lob wert sein? Tauchen sie doch einfach zur Weihnachtszeit in die Menschenmenge um den Glühweinstand am Landsknechtbrunnen ein. Sehen und spüren Sie die Freude von Jung und Alt an dieser

Bereicherung der Vorweihnachtszeit in unserer Stadt.

Oder lassen Sie sich beim Pop-up von «Fine Season» unter unserem Schaffhauser Bock gastronomisch verwöhnen. Sicher finden sie dann die Grösse, sich bei den jungen Menschen zu entschuldigen. Einem freudvollen und besinnlichen Weihnachtsfest steht dann hoffentlich «niemand» mehr entgegen.

Wilfried M. Späth
Schaffhausen

Es braucht sicher nicht weniger Heimplätze

Zu «Ich wünsche mir hier ein schnelles Umdenken», SN vom 15.5.

Sie sprechen/schreiben mir voll und ganz aus dem Herzen und ich kann das nur unterstützen. Und wenn man immer wieder hören muss, dass in Schaffhausen eine Überalterung besteht, kann ich mir nicht vorstellen, dass es zukünftig weniger Heimplätze braucht.

Margrith Werner
Neuhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen.

Pressestimmen Handelsstreit USA-China

Neue Zürcher Zeitung

Die Welt setzte grosse Hoffnung auf Xi Jinping, als dieser das Amt des Generalsekretärs der KP folgte. Die Erwartungen waren jedoch übertrieben. Seit je ist er ein schwer zu fassender Geist. In Reden vor der Weltöffentlichkeit schlägt er veröhnliche Töne an und positioniert sich als Gegenspieler von US-Präsident Trump. Xi verdammt Protektionismus und verteidigt den Multilateralismus. In den vergangenen Monaten versicherte er, dass er die Wirtschaft weiter öffnen wolle. Allerdings schürt Xi selbst Zweifel daran, wie ernst er das meint. (NZZ)



Es ist bekannt, dass die Zölle von US-Importeuren bezahlt werden und diese Importeure mit chinesischen Herstellern verhandeln können, um die Last zu teilen. Da aber die Gewinne, die man mit diesen chinesischen Produkten erzielen kann, recht gering sind, ist es für amerikanische Importeure schwierig, Hilfe von chinesischen Herstellern zu erhalten. Letztendlich werden die Zölle also weitgehend an die amerikanischen Verbraucher weitergegeben werden. (Global Times)

THE TIMES

Das Risiko einer Fehlkalkulation ist auf beiden Seiten alarmierend hoch. Zweifellos hat US-Präsident Donald Trump recht, wenn er auf Chinas unfaire Handelspraktiken hinweist – darunter die staatliche Subventionierung, der erzwungene Technologietransfer, Cyberdiebstahl und die Diskriminierung ausländischer Unternehmen. Es liegt aber nach wie vor im politischen und wirtschaftlichen Interesse beider Seiten, eine gütliche Einigung zu erzielen. Der Rest der Welt kann nur hoffen, dass die wirtschaftliche Vernunft obliegt. (The Times)



Das Wort vom Handelskrieg wird oft leichtfertig verwendet, doch inzwischen sieht es wirklich danach aus. Es geht dabei um hohe Summen, und die Gefechte werden grösstenteils ausserhalb der Welthandelsorganisation geführt – also jenseits der vereinbarten Regeln für den internationalen Handel. Das wird zu einem Kampf mit blossen Fäusten zwischen den zwei grössten Volkswirtschaften der Welt. Dabei ist die WTO die einzige Einrichtung mit einer Instanz zur Streitschlichtung. (TIJD)